

Antrag 48/I/2026

Ortsverein Hoppegarten/Neuenhagen, Unterbezirksvorstand Märkisch-Oderland

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt**

Wasser

- 1 1. Das bereits in der laufen-
- 2 den Legislatur definierte
- 3 Vorhaben einer Überarbei-
- 4 tung der wasserrechtlichen
- 5 Vorschriften des Landes,
- 6 hier insbesondere die No-
- 7 vellierung des Brandenbur-
- 8 gischen Wassergesetzes,
- 9 wird die SPD Brandenburg
- 10 mit hohem Nachdruck
- 11 vorantreiben.
- 12 2. Die SPD Brandenburg wird
- 13 die seit Jahrzehnten betrie-
- 14 bene Fokussierung auf die
- 15 Möglichkeiten der Wasser-
- 16 abfuhr beenden und damit
- 17 die gesamte Wasserge-
- 18 setzgebung des Landes an
- 19 die realen Bedarfe ausge-
- 20 glichener Wasserbilanzen
- 21 in den Binneneinzugsge-
- 22 bieten anpassen. Die SPD
- 23 Brandenburg wird bei der
- 24 Überarbeitung der was-
- 25 serrechtlichen Vorschriften
- 26 das gegenwärtig vollstän-

Antragsteller wird um Überarbei-
tung gebeten

27 dig eigentümerbasierte
28 Finanzierungssystem der
29 Unterhaltung über die
30 Wasser- und Bodenverbän-
31 de um ein neues Element
32 ergänzen. Mit dieser Er-
33 gänzung sollen künftig die
34 dringend notwendigen
35 Investitionen in die tech-
36 nischen Einrichtungen des
37 Wasserrückhalts in der
38 Landschaft sicherstellt.

39 3. Die SPD Brandenburg wird
40 außerdem bei der Überar-
41 beitung der wasserrechtli-
42 chen Vorschriften auf den
43 gemeinwohlorientierten
44 Charakter des Wasser-
45 managements und der
46 Siedlungswasserwirtschaft
47 abstellen und dabei einen
48 besonderen Fokus auf die
49 Belange der Kommunen
50 legen.

51 4. Die SPD Brandenburg
52 wird insbesondere beauf-
53 tragt, unverzüglich und
54 mit Nachdruck auf eine
55 Verbesserung der struktu-
56 rellen Weiterentwicklung
57 der Trinkwasserver- und
58 Abwasserentsorgungs-
59 infrastruktur im Land
60 Brandenburg hinzuwirken.

Sie wird in diesem Zusammenhang die unmittelbare Steuerung der Verbände über die kommunale Familie wahren. Gleichzeitig wird sie in diesem Rahmen die gesetzlichen Grundlagen dahingehend überarbeiten, damit zukünftig eine übergeordnete und steuernde Sicht auf die Wasserbilanzierung im Land Brandenburg, auch über den einzelnen Verbandscharakter als Gesamtschau über alle Einzugsgebiete des Landes Brandenburg, gewährleistet ist.

5. Die SPD Brandenburg wird auf der Ebene des Landes auf die Einrichtung eines runden Tisches zum Management des Landschaftswasserhaushaltes und der Siedlungswirtschaft drängen, an dem Vertreter aus der Landesregierung, der kommunalen Familie, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft als Berater für die Herausforderungen der nächsten Jahre vertreten sind. Ziel dieses runden Tisches soll

95 insbesondere auch sein,
96 Projekte wie beispielsweise
97 Vorhaben zur Schwamm-
98 stadt und zum innovativen
99 Wassermanagement zu
100 entwickeln, welche von den
101 unmittelbar Betroffenen
102 mit der Unterstützung des
103 Landes umgesetzt werden
104 sollen.

105

106 **Begründung**

107 Für das Bundesland Branden-
108 burg hat ein geregelter Land-
109 schaftswasserhaushalt mit ein-
110 hergehender Gewährleistung ei-
111 ner auskömmlichen Siedlungs-
112 wasserwirtschaft herausgehobe-
113 ne Bedeutung. Die Landschaft
114 Brandenburgs ist von Wasserflä-
115 chen, insbesondere von Seen, ge-
116 prägt, sodass die ursprüngliche
117 Struktur des Landes als vorrangi-
118 ges Binneneinzugsgebiet eigent-
119 lich eine ausreichende Wasser-
120 versorgung gewährleisten sollte.
121 Allerdings ist seit mehreren
122 Jahren zu beobachten, dass
123 die Grundwasserneubildung
124 rückläufig ist. Unmittelbare
125 Auswirkungen sind in den Was-
126 serläufen, vor allem aber auch
127 in vielen Seen des Landes zu
128 spüren. Diese dramatische Ent-

129 wicklung, die beispielsweise am
130 Straussee in Märkisch-Oderland
131 sichtbar wird, verdeutlicht umso
132 mehr, dass großer politischer
133 Handlungsbedarf besteht.

134 Die Sicherstellung einer leis-
135 tungsfähigen und ressourcen-
136 schonenden Bereitstellung von
137 Trinkwasser sowie die sinnvolle
138 Aufbereitung von Grau- und Ab-
139 wasser ist eine zentrale Aufgabe
140 der öffentlichen Daseinsvorsor-
141 ge. Sie bildet zugleich auch die
142 Grundlage für die wirtschaftliche
143 Entwicklung und die Erhaltung
144 der Lebensqualität und Ver-
145 sorgungssicherheit im Land
146 Brandenburg.

147 Die wasserwirtschaftliche Infra-
148 struktur im Land Brandenburg
149 steht vor großen Herausforde-
150 rungen. Einerseits sind zahlreiche
151 Leitungsnetze, Wasserwerke und
152 Kläranlagen sanierungsbedürftig
153 oder hinsichtlich ihrer Kapazitä-
154 ten und der strukturellen Verän-
155 derungen neu auszurichten. An-
156 dererseits stehen diesen Rah-
157 menbedingungen hohe gesetzli-
158 che Anforderungen an Energieef-
159 fizienz, Ressourcenschonung und
160 Gewässerschutz gegenüber. Hin-
161 zu kommt, dass das Thema „Be-
162 triebssicherheit kritischer Infra-

163 strukturen“ zunehmend an Be-
164 deutung gewinnt.

165 Vor diesem Hintergrund ist
166 die vorausschauende und
167 strategisch-koordinative Un-
168 terstützung auf Landesseite
169 erforderlich. Ziel ist es also, die
170 Trinkwasserversorgung auch
171 unter klimatischen Extrembe-
172 dingungen dauerhaft zu sichern.
173 Erschwerend kommt hinzu, dass
174 im Land Brandenburg eine Viel-
175 zahl autarker Wasserverbände
176 existiert, die alle die jeweils
177 übertragenen Aufgaben der
178 Kommunen zur Wasserversor-
179 gung übernommen haben. Im
180 Vergleich mit dem Land Berlin,
181 in dem es nur einen Wasserver-
182 band (BWB) gibt, zeigt sich somit
183 nahezu täglich, mit welchem
184 enormen verwaltungstechni-
185 schen Aufwand die Koordination
186 beispielsweise des Ausbaus
187 gemeinsam genutzter Rohrlei-
188 tungsnetze verbunden ist. Dies
189 ist jedoch gerade vor dem Hin-
190 tergrund der Gefahrenabwehr
191 bzw. Hilfe im Katastrophenfall
192 erforderlich.

193 Im Rahmen der technischen
194 Modernisierung bestehender
195 Leitungsnetze, Pump- und
196 Klärwerke ist der Ausbau von

197 Speicherkapazitäten und somit
198 die Anpassung an Starkregen-
199 ereignisse und die Stärkung
200 dezentraler Regenwasserbewirt-
201 schaftung erforderlich. All diese
202 Maßnahmen sind mit einem
203 hohen genehmigungsrechtlichen
204 und finanziellen Aufwand und
205 hohen Investitionskosten auf
206 Seiten der Wasserverbände und
207 somit ihrer Mitgliedskommu-
208 nen verbunden. Angesichts der
209 prekären Haushaltssituation der
210 brandenburgischen Kommunen
211 ist die Unterstützung durch das
212 Land grundsätzlich erforderlich.